Am Wochenende präsentieren wir Ihnen einen Überblick über die lohnenswertesten Beiträge, die wir im Laufe der vergangenen Woche in unseren Hinweisen des Tages für Sie gesammelt haben. Nehmen Sie sich ruhig auch die Zeit, unsere werktägliche Auswahl der Hinweise des Tages anzuschauen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. G20
2. Klare Worte zu G20-Krawallen
3. Macron, Muster-Europäer a. D.
4. Glyphosat und Krebs: Systematischer Regelbruch durch die Behörden
5. Frieden als Schimpfwort: 50 Jahre Sechstagekrieg
6. Deutschland macht Gewinn – Profite durch Griechenland-Rettung
7. Weckruf aus der Finanzbranche
8. Sie ist Venezuelas schönste Demonstrantin
9. Wir Schlafwandler: G-20 Fieberträume, Klimaretter-Halluzinationen und der allzu reale Crashkurs
10. Verdreht, geschönt, bearbeitet

Vorbemerkung: *Ursprünglich hatten wir geplant, in unserer Wochenübersicht auch auf die lohnenswertesten redaktionellen Beiträge der NachDenkSeiten zu verweisen. Wir haben jedoch schnell festgestellt, dass eine dafür nötige Vorauswahl immer damit verbunden ist, Ihnen wichtige Beiträge vorzuenthalten. Daher möchten wir Ihnen raten, am Wochenende doch einfach die Zeit zu nutzen, um sich unsere Beiträge der letzten Wochen (noch einmal) anzuschauen. Vielleicht finden Sie dabei ja noch den einen oder anderen Artikel, den es sich zu lesen lohnt. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **G20**
   a. **Auf den Gipfel ohne Ergebnis folgt der Gipfel der Heuchelei**
   Ein Gipfel, bei dem man sich auf eine „Freihandels"-Formel verständigt, unter der jeder alles verstehen kann, und auf dem die Kanzlerin es als besonderen „Erfolg" herausstellt, dass man in der Klimafrage einen „Dissens" benannt habe, den alle Welt kannte, war ein überflüssiges Spektakel und eine sinnlose Verschleuderung von Steuergeldern. Zum Ereignis – vor allen Dingen für die Boulevard-Presse – wurde der Gipfel, weil Straftäter und Krawallbrüder aus Deutschland und Europa Polizisten verletzt, Autos angezündet, Geschäfte geplündert und die Anwohner in Angst und Schrecken versetzt haben. Wenn

solche Gewalttäter sich als „links“ bezeichnen, zeigt das nur, dass sie nicht wissen, was der Kern linker Politik ist: Die Achtung vor der Menschenwürde. Daher können die Straftäter von Hamburg niemals den Begriff „links“ für sich in Anspruch nehmen. Denn sie sind eher die nützlichen Idioten und unfreiwilligen Hilfstruppen der herrschenden Cliquen, die an dieser ungerechten Welt nichts ändern wollen. Die Verletzung der Menschwürde – und das beginnt bei der Ausbeutung in der Arbeit und endet bei der Anwendung von Gewalt und der Missachtung des menschlichen Lebens – ist vielmehr der Kern „rechter“ Politik. Der Gipfel der Heuchelei ist es zudem, wenn sich nun vor allem diejenigen über die Gewalttäter empören, die, wenn es um völkerrechtswidrige Kriege, Drohnenmorde oder den Abwurf von Streubomben geht, keinerlei Skrupel haben, solchen Terror (Terror ist nach deutschem Recht die rechtswidrige Anwendung von „Gewalt als Mittel zur Durchsetzung international ausgerichteter politischer oder religiöser Belange“) zu rechtfertigen. Auch hier geht es letztendlich um die Mitmenschlichkeit und die Achtung der Menschenwürde, die bekanntlich von einer Reihe von Gipfel-Teilnehmern, täglich mit Füßen getreten wird. Zur neoliberalen Weltordnung gehört der Kampf um Rohstoffe und Absatzmärkte, gehören die Öl- und Gaskriege, die der Nährboden des islamistischen Terrors sind. Die eigentliche Verwüstung, die der Neoliberalismus angerichtet hat, ist der Verlust der Mitmenschlichkeit und des Mitgefühls. Hier liegt die eigentliche Ursache der Gewalt. Eine schreckliche Form der Gewalt ist es beispielsweise auch, wenn die reichen G20-Gipfelteilnehmer Millionen Menschen teilnahmslos verhungern lassen und es nicht schaffen, die Mittel bereitzustellen, die notwendig wären, um diese Menschen zu retten. Diese alltägliche Gewalt fasste Papst Franziskus in dem Satz zusammen: „Diese Wirtschaft tötet.“ Wenn diese ungerechte Weltordnung nicht überwunden wird, wird Friedrich Schiller jeden Tag bestätigt: „Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären.“
Quelle: Oskar Lafontaine via Facebook

b. **World Wide Wut**
Die deutsche Öffentlichkeit ist nicht manipulierbar? Von wegen. Ein paar Videos schwarz gekleideter, Autos anzündender Männer reichen für drei Tage Dauerrage, ohne Rücksicht auf Verluste. […]
Aus dieser Perspektive, angesichts von Trump, Putin, Erdogan hätte man deutlich Katastrophaleres befürchten können. Und die Behauptung, Randale wie in Hamburg sei noch nie vorgekommen, kann man so nur sagen, wenn anstelle des Gedächtnisses ein Verklärwerk sitzt. 2009 wurden in Berlin am 1. Mai rund 500 Polizisten verletzt. 2015 wurden zur Eröffnung der EZB in Frankfurt

Polizeiwagen und Privatautos angezündet und eine Menge Schaufenster zerstört. Aber für Privatleute gibt es natürlich keine Erinnerungspflicht. Der wesentliche Unterschied zu früheren Eskalationen ist die unmittelbare Verbreitung der Videos von gewöhnlichen Leuten, die selbst nicht an den Protesten teilnehmen. Dadurch gewinnen die Clips eine enorme Nähe für Unbeteiligte.
2017 gibt es in Deutschland über 30 Millionen aktive Facebook-Nutzer. Dort, in der Onlinebevölkerung, ist Verstörendes geschehen: ein sozialer Medien-Massenfuror, nicht als einzelner Wutausbruch, sondern über zwei, drei Tage, sich immer wieder selbstentzündend. Die deutsche Netzöffentlichkeit hat sich nach anfänglicher Irritation über die Härte der Polizei hineingesteigert in einen Empörungsrausch.
Wichtigster Auslöser ist wahrscheinlich ein Video, in dem schwarz maskierte, entschlossene Männer in einem Wohngebiet ausschwärmen, wahllos Autos anzünden und Schaufenster einschlagen.
Quelle: Sascha Lobo auf SPIEGEL Online

c. **Schwere Schäden in Hamburg, kein Schaden für Merkel**
Eine Stadt in Scherben, keine schönen Bilder für den Wahlkampf, kaum politische Erfolge – das ist die Bilanz von G20. An Merkel prallt das alles wieder einmal ab. Wieso?
In Hamburg ist Regierungschef Olaf Scholz (SPD) schwer angeschlagen. Die CDU in der Bürgerschaft fordert seinen Rücktritt, einigen Medien gilt er als Versager. Weil es, anders als Scholz versprochen hatte, nicht gelungen ist, die Sicherheit der Hamburger zu garantieren. Weil sich – wenig überraschend – herausstellte, dass die Lage eben nicht mit einem Hafengeburtstag vergleichbar ist, wie Scholz vor dem Gipfel suggeriert hatte.
Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hingegen scheint das G20-Desaster trotz der nahenden Bundestagswahl nichts anzuhaben. „Der Gipfel konnte abgehalten werden“, resümierte die Kanzlerin lapidar. Sie wird am Abend bei einer CSU-Klausur in Bad Staffelstein am Kloster Banz sprechen. Sie wird wohl Erklärungen zur Stärke der Union im Wahlkampf abgeben. Alles ist gut, dürfte dieser Auftritt ausstrahlen.
Aber ist wirklich alles gut? […]
Quelle: SPIEGEL Online

2. **Klare Worte zu G20-Krawallen**
Gibt es noch eine Chance für eine rot-rot-grüne Koalition? Im neuen Format “Frag selbst” macht Linkspartei-Spitzenkandidatin Wagenknecht ihren Anhängern wenig Hoffnung. Klare Worte findet sie für die Ausschreitungen am Rande des G20-Gipfels. […]

Es sei schlimm gewesen, was in Hamburg passiert ist, sagt Wagenknecht. Sie spricht von "durchgeknallten Randalierern", von einer europaweiten Szene, die durch den ganzen Kontinent reise, um irgendwo "die Sau rauslassen" zu können. Eine Verbindung zu ihrer Partei sieht sie nicht. "Damit haben wir nichts zu tun als Linke", so Wagenknecht.
Doch die Zuschauer lässt das Thema nicht los. Ob Wagenknecht schon einmal Flaschen auf Polizisten geworfen habe, wird sie gefragt. Ob sie Gewalt als legitimes Mittel des Widerstands gegen den Staat ansehe. Die Spitzenlinke behält die Fassung. Nein und nein, antwortet sie. Auch die pauschale Polizeikritik, die manche ihrer Genossen nach dem Einsatz in Hamburg geübt hatten, macht sie sich nicht zu eigen.
Quelle: tagesschau.de

3. **Macron, Muster-Europäer a. D.**
Das Bild vom Vorzeige-Europäer Emmanuel Macron bekommt Risse. Der französische Präsident blockiert die EU-Steuer auf Finanzgeschäfte – offenbar, weil er Londoner Banken nach Paris locken will.Es könnte das Ende einer scheinbar unendlichen Geschichte sein: Europas Finanztransaktionssteuer (FTS), besser bekannt als Börsen- oder Spekulationssteuer, soll verschoben werden, wieder einmal.
Diesmal steht Frankreich auf der Bremse. Ausgerechnet Frankreich, ausgerechnet Emmanuel Macron – der Präsident, der einen Wahlkampf als Muster-Europäer geführt und der als solcher gerade in Deutschland enthusiastisch begrüßt wurde. Er, der im Wahlkampf ständig verkündete, Europa schützen zu wollen – in allen Belangen, auch in puncto Dumping. Der Ex-Banker könnte nun derjenige sein, der das sinnvolle Vorhaben einer lang und schwer umkämpften Finanztransaktionssteuer begräbt und damit, so werden nicht wenige das sehen, zum Cheflobbyisten einer enthemmten Finanzwelt aufsteigt.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung Jens Berger: *Ein ehemaliger Investmentbanker will die Finanztransaktionssteuer nicht einführen? Na, das ist ja mal eine faustdicke Überraschung. Mein SPIEGEL Online das Märchen vom „Vorzeige-Europäer" eigentlich wirklich ernst? Das ist wirklich kaum zu glauben.*

4. **Glyphosat und Krebs: Systematischer Regelbruch durch die Behörden**
Kurz bevor sich die EU-Mitgliedstaaten erneut mit der Wiederzulassung für Glyphosat befassen, belegt der Toxikologe Dr. Peter Clausing mit einer neuen Analyse, dass der Wirkstoff nach den geltenden EU-Standards als "wahrscheinlich krebserregend" hätte eingestuft werden müssen. Die Analyse mit dem Titel "Glyphosat und Krebs: Systematischer Regelbruch durch die Behörden" wurde auch vom Umweltinstitut

München unterstützt.
Systematischer Regelbruch
Das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR), die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) und die Europäische Chemikalienbehörde (ECHA), die an der Wiederzulassung von Glyphosat beteiligt sind, haben systematisch Hinweise auf eine krebserzeugende Wirkung von Glyphosat aussortiert. Bei der Auswertung von sieben Studien verstießen die Behörden zudem eindeutig gegen ihre eigenen Richtlinien. Das ist von großer Bedeutung, denn es genügen zwei voneinander unabhängige Studien mit positiven Krebsbefunden, um eine Substanz als krebserregend einzustufen. Im Fall von Glyphosat weisen mindestens 7 von 12 dieser Langzeitstudien positive Krebsbefunde auf. Die daraus folgende Konsequenz müsste eigentlich lauten: Keine Wiederzulassung für Glyphosat!
Ist Glyphosat systemrelevant geworden?
Die Skandale um die gesundheitliche Bewertung von Glyphosat sind uferlos: Immer wieder kommen Informationen über geheim gehaltene Studien von Monsanto und Co., das gezielte Weglassen von relevanten Daten und die Beeinflussung von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ans Licht. Dennoch fordern Politiker wie Landwirtschaftsminister Schmidt und auch die EU-Kommission die Wiederzulassung des Unkrautvernichters für 10 Jahre. Es drängt sich ein schwerwiegender Verdacht auf: Soll Glyphosat trotz dieser Skandale und trotz den zahlreichen Hinweisen auf seine krebserzeugende Wirkung weiter zugelassen werden, weil der Einsatz des Unkrautvernichters aus der industriellen Landwirtschaft nicht mehr wegzudenken ist, also "systemrelevant" geworden ist?
Quelle: Umweltinstitut

5. **Frieden als Schimpfwort: 50 Jahre Sechstagekrieg**
Der Sechstagekrieg zwischen Israel einerseits sowie Ägypten, Syrien und Jordanien andererseits begann am 5. Juni und endete am 10. Juni 1967. Seine Folgen wirken bis heute nach – als stetig wiederkehrende Kriege, die Besetzung ganz Palästinas durch Israel und den bis heute andauernden völkerrechtswidrigen Siedlungsbau in den eroberten Gebieten. Unter Premierminister Benjamin Netanjahu hat die israelische Regierung ein Klima geschaffen, in dem das „Wort Frieden zum Schimpfwort mutierte".
Als Bundesaußenminister Sigmar Gabriel Ende April anlässlich seines Antrittsbesuches in Israel auch Vertreter der NGOs Breaking the Silence und B'Tselem traf, kam es zum Eklat: Ministerpräsident Benjamin Netanjahu sagte kurzerhand ein geplantes Gespräch mit Gabriel ab. Er empfange „keine Diplomaten anderer Länder, die Israel besuchen und sich dabei mit Organisationen treffen, die unsere Soldaten Kriegsverbrecher nennen".[1] Die 2004 gegründete Organisation Breaking the Silence

veröffentlicht Erlebnisberichte israelischer Soldaten, die ihren Dienst in den besetzten Gebieten verrichten; B'Tselem deckt seit 1989 Menschenrechtsverletzungen im Gazastreifen und in der Westbank auf.
Offensichtlich will die Regierung Netanjahu – unmittelbar vor dem 50. Jahrestag des Sechstagekrieges – Debatten über die Folgen der israelischen Besatzungspolitik um jeden Preis verhindern. Der Sechstagekrieg zwischen Israel einerseits sowie Ägypten, Syrien und Jordanien andererseits begann am 5. Juni und endete am 10. Juni 1967. Seine Folgen wirken bis heute nach – als stetig wiederkehrende Kriege, die Besetzung ganz Palästinas durch Israel und den bis heute andauernden völkerrechtswidrigen Siedlungsbau in den eroberten Gebieten.
Krieg gebiert Krieg. Das ist die bittere Lehre, welche die nahöstliche Geschichte seit 1948 lehrt. Da die Gründung Israels in jenem Jahr ohne die Zustimmung der einheimischen Palästinenser die Landkarte im Nahen Osten nachhaltig und vor allem gewaltsam veränderte, war eine Reihe von Kriegen schon damals absehbar. Der erste zwischen Israel und Ägypten, Jordanien und Syrien begann gleich am 14. Mai, dem Tag der Staatsgründung. Er dauerte bis zum 24. Februar 1949.
Eine regionale Folge des Waffenstillstands von 1949 war der Staatsstreich einer Gruppe „freier Offiziere", wie sie sich nannten, in Ägypten. In der Nacht vom 22. auf den 23. Juli 1952 schickten diese Militärs unter der Leitung von General Mohammed Naguib und Oberst Gamal Abdel Nasser den von Großbritanniens Gnaden regierenden König Farouk ins römische Exil.
Quelle: Heiko Flottau auf Blaetter.de

6. **Deutschland macht Gewinn – Profite durch Griechenland-Rettung**
Deutschland hat im Zusammenhang mit den Griechenland-Hilfen einen Gewinn von weit mehr als einer Milliarde Euro gemacht – man sei ein "Krisengewinner", kritisiert die Opposition. Wurde der Bundeshaushalt so indirekt saniert?
Im Zusammenhang mit den finanziellen Hilfsaktionen für Griechenland hat Deutschland bisher 1,34 Milliarden Euro Gewinn gemacht. Das geht aus einer Antwort des Bundesfinanzministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor. […]
Und dabei helfe es kaum, Zinseinnahmen hin- und herzuschieben, sondern die griechische Wirtschaft muss angekurbelt werden, damit das Land wieder auf eigenen Beinen stehen kann.
Stattdessen aber fordern die Geberländer immer härtere Sparprogramme: So sollen beispielsweise die Staatseinnahmen dauerhaft mindestens zwei Prozent über den Ausgaben liegen. Volkswirtschaftler halten diesen so genannten Primärüberschuss für deutlich zu hoch, weil dies zu Lasten dringend nötiger Investitionen ginge, ohne die Griechenland seinen Schuldenberg niemals abbauen könne.
Quelle: Tagesschau

7. **Weckruf aus der Finanzbranche**
   52 Finanzmanager raten zur Einführung der "Steuer gegen Armut"
   Vor dem Treffen der EU-Finanzminister in Brüssel drängen mehr als 50 führende Finanzexpert/innen auf die Einführung der Finanztransaktionssteuer (FTS). In einem offenen Brief argumentieren sie, dass die Steuer die Finanzmärkte stabilisieren und die Einnahmen der Regierungen erhöhen würde.
   Am Montag, 10. Juli treffen sich die Finanzminister der zehn am Verhandlungsprozess beteiligten Länder in Brüssel; es wird erwartet, dass sie dort über die FTS beraten. Aus diesem Anlass wenden sich 52 führende Expertinnen und Experten der globalen Finanzindustrie in einem offenen Brief an die europäischen Staats- und Regierungschefs, und fordern sie auf, sich für die sofortige Einführung der FTS einzusetzen. Der offene Brief ist eine Aktion von Oxfam und der Kampagne „Steuer gegen Armut". (…)
   Die Steuerabgabe auf den An- und Verkauf von Aktien und Derivaten würde laut den Expert/innen die Finanzmärkte stabilisieren und die schädliche kurzfristige Finanzspekulation eindämmen. In dem Brief wenden sie sich auch gegen das Vorurteil, dass die FTS das wirtschaftliche Wachstum bremsen könnte. Laut Meinung der Finanzprofis gibt es immer mehr Hinweise, dass die Steuer ganz im Gegenteil sogar das Wirtschaftswachstum ankurbeln würde. (…)
   Die Einführung der FTS gehört bereits seit 2010 zu Angela Merkels Versprechen, auch die Finanzwirtschaft an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen. Die Steuer ist Bestandteil des aktuellen Koalitionsvertrags, der nur noch bis zur Bundestagswahl im September umgesetzt werden kann.
   Quelle: Oxfam
8. **Sie ist Venezuelas schönste Demonstrantin**
   Es ist ein Foto wie ein Gemälde: Das Bild der durchtrainierten Frau mit einem bunt bemalten Helm, Tränengasmaske und einem Stein in der Hand. Die Szene, aufgenommen auf den Straßen Venezuelas, sorgt in den sozialen Netzwerken für Aufsehen. Es zeigt die 44-jährige Venezolanerin Caterina Ciarcelluti. Die bildhübsche Frau ist dem Vernehmen nach Model und Sportlerin. Aufgenommen hat das Foto Juan Barreto, Fotograf der französischen Nachrichtenagentur AFP.
   Der Augenblick stammt von den derzeitigen Massenprotesten in Venezuela. Entstanden ist es auf der Autopista Francisco Fajardo, einer der wichtigsten Verkehrsachsen der venezolanischen Hauptstadt. Ciarcelluti gehörte zu den 5000 Demonstranten, die am Montag dieser Woche in Caracas gegen die Regierung des sozialistischen Präsidenten Nicolás Maduro auf die Straße gingen. Dabei kam es wieder einmal zu Straßenschlachten.
   Quelle: WELT

Anmerkung Jens Berger: *Merke … wer weiblich und hübsch ist und dann auch noch gegen eine linke Regierung demonstriert, darf nach Ansicht der Springer-Journalisten auch Steine werfen. Hätte die „schöne Demonstrantin“ ihre Steine in Hamburg geworden, hätte Springer nach der „Chaotin“ auf der Titelseite der BILD fahndet. So etwas nennt man wohl „doppelte Standards“ …*

9. **Wir Schlafwandler: G-20 Fieberträume, Klimaretter-Halluzinationen und der allzu reale Crashkurs**
Ein finsterer Wolfskopf fletscht die Zähne. Im Maul hält er knurrend die Weltkugel wie einen Spielball. Eine weiße Hand im Stile Michelangelos streckt sich nach der bedrohten Erde aus. Daneben stehen die mahnenden Worte: „Globalisierung außer Kontrolle. TRAUT EUCH! Radikal denken, entschlossen handeln – nur so ist die Welt noch zu retten.“ Das ist kein Plakat „linker Randalierer“, die gegen die Globalisierung auf die Barrikaden gehen. Es ist der aktuelle Titel des Nachrichtenmagazins „Der Spiegel“ zum G-20-Gipfel in Hamburg. Lautstark begibt sich das deutsche Leitmedium mit seiner Aufmacher-Story auf den Markt für die Weltrettung. Es geht im Artikel um globale Ungleichheit, Ausbeutung, planetare Grenzen und Auswege aus der Krise. Das ganz große Panorama also. Doch gerade dem drängendsten Problem, dem Klimawandel, hat der Spiegel lediglich zwanzig Sätze auf zehn Seiten eingeräumt. Und jeder Satz ist eine Beruhigungspille, die die Leser in Tiefschlaf versetzt. Die Staaten und Investoren hätten längst auf regenerative Energiequellen umgeschaltet, heißt es, auch wenn der Emissionshandel noch verbessert werden müsse. Klar, mit dem 2-Grad-Ziel werde es knapp. Egal. Zudem: Ginge es nach Angela Merkel, wären wir, so weiß der Spiegel zu berichten, längst im globalen Klimaparadies. Denn Merkel habe auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm vor zehn Jahren mit der „Idee“ „sympathisiert“, jedem Erdenmensch das gleiche Recht auf Treibhausgase einzuräumen, um die Welt zu retten. Emissionsdiät à la Merkel für die Deutschen: von zehn Tonnen auf zwei. Wow!
Tatsächlich, die Bundeskanzlerin gibt sich erneut kämpferisch in ihrer Regierungserklärung im Bundestag vor dem G-20-Treffen: “Wir wollen und müssen diese existenzielle Herausforderung bewältigen, und wir können und werden nicht darauf warten, bis auch der letzte auf der Welt von den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Klimawandels überzeugt werden konnte. Mit anderen Worten: Das Klimaabkommen ist unabkehrbar, und es ist nicht verhandelbar”. Es sind wieder markige Sprüche der Chefin, die die Deutschen stolz machen sollen. Vieles erinnert an das Klimaabkommen von Kyoto vor zwanzig Jahren. Auch damals scherten die USA

aus. Auch damals gab es markige Sprüche von Merkel als Bundesumweltministerin. Auch damals mahnten die Umweltverbände, dass Deutschland vorangehen solle. Doch diese Rhetorik, gepredigt seit über zwanzig Jahren, hat einen Haken. Sie hat nichts mit der Realität zu tun. Vielmehr verkleistern Vorreiter-Mahnungen und deutsche Weltrettungsromantik eine Wirklichkeit, die sehr viel ungemütlicher ist, als die Empörung über die Klimaschurkereien der USA suggeriert.
Quelle: Kontext TV

10. **Verdreht, geschönt, bearbeitet**
Arbeitslose, Flüchtlinge, Reiche: Mit Zahlentricksereien wird Politik gemacht, wie Statistik-Professor Bosbach zeigt.
Es ist ein Wunder, dass sich seit Jahren vor unseren Augen vollzieht: das deutsche Jobwunder. Die Vollbeschäftigung sei fast erreicht, heißt es. Die Zahl der Erwerbstätigen erklimmt laufend neue Rekorde. Das Problem: Ein großer Teil dieses Wunders ist bloß herbeigerechnet: Trotz Rekordbeschäftigung wird heute weniger gearbeitet als vor 25 Jahren. Und etwa eine Million Arbeitslose tauchen in der Statistik gar nicht erst auf. „Wie man Arbeitslose wegdefiniert, ist eine fast unendliche Geschichte“, sagt der Statistiker Gerd Bosbach.
Zahlen wirken neutral. Sie sind Fakten pur, eindeutig. Damit sind Statistiken Material, Waffen im Kampf um Geld und Macht. Politiker, Unternehmen, Verbände benutzen sie, um ihre Interessen zu befördern – und zu diesem Zweck werden die Statistiken bearbeitet, verdreht, geschönt.
Die Öffentlichkeit wird zunehmend misstrauisch: „Postfaktisch“ war das Wort des vergangenen Jahres. „Glaube keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast“ ist ein allseits bekannter Spruch. Das Problem: „Wer keiner Statistik mehr traut, der wird erst recht an der Nase herumgeführt“, sagt Bosbach.
Quelle: Frankfurter Rundschau